

Soziale Eiseskälte liegt in der Luft

Die fortgesetzte Demontage des Sozialstaats wird weitreichende Folgen haben

Pat Christ



Der Sozialstaat fängt bei weitem nicht alle auf. Das zeigen die Bettler in den Cities. – Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Wer hat eigentlich eine direkte Einflussnahme auf die Sozialpolitik – und damit auf den Sozialstaat? Dieser Frage gingen Udo und Silke Kruse in einem Aufsatz aus dem Jahr 2005 nach. Anlass war die damalige Reduzierung der sozialen Leistungen. Stichwort: Hartz IV. Der Aufsatz des Ehepaars erschien in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Gesundheits- und Sozialpolitik“. Die trug den Titel: „Sozialstaat meets Heuschrecke“. Heute könnte eine Überschrift lauten: „Sozialstaat meets Kriegstreiberei“.

Nimmt man das Leitmotiv der Ampelkoalition ernst, müsste es gut bestellt sein um den Sozialstaat. „Es ist das Motto ‘Chancen und Schutz’; denn um beides geht es“, erklärte Hubertus Heil im November 2022 im Bundestag. Und weiter: „Es geht darum, dass die Qualität eines Sozialstaates sich zum einen daran bemisst, wie man mit Menschen umgeht, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Aber die Qualität des Sozialstaates bemisst sich nicht allein an der Fähigkeit, Menschen in Not zu schützen, sondern vor allen Dingen auch daran, wie es gelingt, Menschen

zu einem selbstbestimmten Leben ohne Abhängigkeit zu befähigen.“

Dies sei „der Kompass unserer Politik“. Eineinhalb Jahre sind eine lange Zeit. Der Kompass hat sich gedreht. 2024 gibt es Kürzungen beim Bürgergeld. Eine Rücknahme des Bürgergeld-Bonus. Und die Wiedereinführung einer 100-Prozent-Leistungsminderung als Sanktion für unwillige Bürgergeldempfänger.

Eine interaktive Grafik auf der Homepage „Bundeshaushalt“ zeigt, wie viel Geld 2024 wofür ausgegeben werden soll^[1]. Der Haushalt, der aus langen



Der Kompass der Ampelkoalition war laut Hubertus Heil auf das Soziale ausgerichtet. Das gilt inzwischen nicht mehr.

Querelen im Bundestag hervorging, umfasst knapp 477 Milliarden Euro. In der Kuchengrafik springt ein großes rotes Feld ins Auge. Der Arbeits- und Sozialhaushalt ist nach wie vor der größte Posten. Fast 37 Prozent des Budgets fließen hier hinein – insgesamt mehr als 175 Milliarden Euro. Auf den ersten Blick wirkt das nicht so, als würde man dem Sozialstaat Ade sagen wollen. Doch das täuscht.

Riesig im Vergleich zu früher ist letztlich das Kuchenfeld für „Verteidigung“ geworden. Mehr als jeder zehnte Euro, der 2024 zur Verfügung steht, soll hierhin fließen. Insgesamt fast 52 Milliarden Euro. Da sind 60 Prozent mehr als 2014, als der Etat noch 32,4 Milliarden Euro betrug. Die NATO gibt Order, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in „Verteidigung“ zu investieren. Deutschland übererfüllt diese Anweisung in diesem Jahr.

Eben diese Milliarden fehlen im Sozialen. Was eine Menge Leute betrifft. Und nicht nur Leute. Es geht um viel mehr. Der Bezirksverband Hannover

1 <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html> (zuletzt besucht am 5.6.2024) KURZLINK: <https://hwlink.de/bhd275>



Der Protest gegen die Kriegstreiberei der NATO nimmt zu. Aufgrund von NATO-Vorgaben schmilzt der Betrag, der für Soziales zur Verfügung steht.

der AWO schreibt auf Facebook: „Armut zu bekämpfen und den Sozialstaat zu stärken, ist kein Akt der Wohltätigkeit, sondern eine Voraussetzung für die Stabilität unserer Demokratie.“

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sehen den Sozialstaat in Deutschland angesichts der Kürzungspläne im Bundeshaushalt 2024 ernsthaft gefährdet. Das schrieben sie in eine Pressemitteilung im November 2023. Durch die drastische Erhöhung der Rüstungsausgaben spitzen sich die Verteilungskämpfe zu, sagte soeben der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge der „Frankfurter Rundschau“.

„Das ist widersinnig“



„Widersinnig ist es, das Ausmaß der Rüstungsanstrengungen eines Landes vom Bruttoinlandsprodukt, also von seinem Wirtschaftswachstum, statt von der militärischen Bedrohungslage abhängig zu machen“, schreibt er in seinem Beitrag. Und: „Jedenfalls verstärkt Aufrüstung die soziale Ungleichheit, denn sie macht die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Hauptprofiteure der außen-, energie- und militärpolitischen Zeitenwende sind die Großaktionäre deutscher und US-amerikanischer Rüstungskonzerne. Dass ihr fast zwangsläufig eine sozialpolitische Zeitenwende folgt, wird zur Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit führen.“

Doch all das ist erst der Anfang. Finanzminister Lindner wünscht sich ein Moratorium: Drei Jahre ohne neue Sozialausgaben und Subventionen. So könne Deutschland Geld in seine „Verteidigung“ investieren. Man kann inzwischen mit Blick auf das, was auf den Titelseiten der Magazine prangt, wohl auch getrost sagen: In Krieg. Allen „Nie wieder“-Beschwörungen der vergangenen Jahrzehnte zum Trotz.

Der Sozialverband VdK reagiert empört. „Wir brauchen kein Moratorium bei den Sozialausgaben. Wer alte, kranke oder arme Menschen mit ihren Sorgen im Stich lässt und dadurch einer sozialen Spaltung Vorschub leistet, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Anstatt mit angezogener Schuldenbremse das Sozialbudget zusammenzustreichen, brauchen wir ein gerechtes Steuersystem, um dringend notwendige sozialpolitische Aufgaben finanzieren zu können. Es ist an der Zeit, dass dafür die Superreichen in diesem Land endlich stärker in die Verantwortung genommen werden und ihren Beitrag für eine gerechte Gesellschaft leisten“^[2], kommentiert er.

Vertrauen schwindet



Bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2005 wurde festgestellt, dass es durch den Abbau sozial-

² <https://www.vdk.de/presse/pressemitteilung/vdk-mehr-steuereinnahmen-anstatt-weniger-sozialstaat/> Beitrag vom 25.02.2024 (zuletzt besucht am 5.6.2024)
KURZLINK: <https://hwlink.de/vdk275>

staatlicher Leistungen und einer sich vergrößernden „Gerechtigkeitslücke“ zu einem Vertrauensschwund gekommen ist. Armin Lang, Sozialpädagoge und einst Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, machte dies zu jener Zeit schon an der Wahlbeteiligung fest. „Es ist heute nicht selten, dass sich ganze Stadtteile, Straßen, Bezirke, Wohnquartiere von politischen Wahlen nicht angesprochen fühlen“, schrieb er 2005: „Ein ‘Volk wendet sich ab’; es flüchtet resigniert ins Private.“

Auch dieser Tage kann man eine Abwendung von der etablierten Politik beobachten. Bei gleichzeitiger Zuwendung zu politischen Strömungen abseits der etablierten Parteien. Warum es weithin verwundert, dass immer mehr Menschen über die etablierte Politik in Harnisch geraten, ist nicht recht zu begreifen. Es hat mit dem Sozialstaat zu tun. Es hat damit zu tun, dass immer mehr Menschen verarmen, weil sich vieles in den letzten Jahren dramatisch verteuert hat. Es hat damit zu tun, dass nicht wenige Menschen befürchten, irgendwann in der Gosse zu enden. Weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Eine schreckliche Befürchtung. Ein schreckliches Gefühl.

Überhaupt: Gefühle. Wieder mal rücken Menschen im Sozialgeldbezug in schräges Licht. Eben noch hatte man das Bürgergeld verbessern wollen, was mit Hartz IV so viel schlechter geworden ist. Nun bezieht man also nicht mehr Hartz IV. Sondern Geld als Bürger. Was besser klingt. Nun dreht sich der Wind schon wieder. Wieder geht die Rede von Sozialschmarotzern um. Wieder werden Menschen, die ohnehin darunter leiden, dass man sie offenbar zu nichts verwenden kann, von Politikern diffamiert. Diese wollten nur den Goodwill des Sozialstaats ausnutzen. Sie strengten sich zu wenig an. Seien nicht willig genug. Aus Faulheit greife man Transferleistungen ab.

Natürlich gibt es ein paar wenige, die sich in der sozialen Hängematte einzurichten wissen. Das komplett abzustreiten, bringt auch nicht weiter. Doch es handelt sich nicht um das Gros. Was Menschen am unteren Ende der sozialen Hierarchie vermissen, ist eine objektive Wahrnehmung ihrer Situation. Ist eine objektive Bericht-

erstattung. Nicht nur über ihre eigene Situation als Sozialleistungsbezieher. Sondern über viele aktuelle Situationen. Probleme. Politischen Entscheidungen. Daher die Abwendung. Es ist immer schlecht, wenn man am Sozialstaat sägt...

„Einseitig und blind“



Und das geschieht seit langem. Genau zehn Jahre ist es her, dass der damalige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, die Bürger aufrief, sich an Demonstrationen für ein soziales Europa in Berlin und anderen Städten zu beteiligen. „Unter dem Motto ‚Unser Europa – frei, gleich, gerecht‘ werden wir Politikern, die einseitig und blind für die ökonomische Vernunft den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche greifen und ihre Rechte beschneiden wollen, eine glasklare Absage erteilen: Unser Sozialstaat muss erneuert werden, aber er ist kein Objekt für Abbruchunternehmer“, sagte Sommer Anfang 2004 auf der DGB-Jahrespressekonferenz.

Gewerkschaftsfunktionäre verstehen sich vor allem als Obleute für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Doch ihr Engagement geht weit darüber hinaus. Erfreulich ist, dass sich der DGB im Moment nicht auf die Seite der Kriegstreiber und Sozialstaatsdemonsteure stellt. Dies ist umso erfreulicher, da er während der Corona-Krise ein extrem negatives Bild abgab. Auch wenn die meisten Bürger am liebsten nichts

mehr wissen wollen von der Corona-Krise, soll dieses heiße Eisen zumindest kurz angerührt werden. Es wäre nach wie vor einer näheren Betrachtung wert.

Anlässlich des Tags der Befreiung vom Nationalsozialismus im Jahr 2021 ließ der DGB verlauten: „Und so mutet es schon seltsam an, wenn ausgerechnet der bunte Haufen, der derzeit in verschiedenen Städten auf ‚Hygiene-Demos‘ dreist behauptet, den Rechtsstaat retten zu wollen, sich als ‚Querdenker‘ bezeichnet. Selbstverständlich hat jede*r das Recht, ihre/seine Meinung frei zu äußern, auch und gerade auf Demonstrationen. Mit ‚Querdenken‘ hat das, was von Corona-Leugnern und Verschwörungstheoretikern herüberkommt, aber auch rein gar nichts zu tun.“

Inzwischen ist klar, dass nahezu alles, was jene Demonstranten, die damals, und zwar keineswegs randalierend, sondern äußerst zivilisiert, durch die Straßen zogen, geäußert hatten, richtig war. Sie warnten nicht zuletzt vor coronapolitisch provozierten sozialen Verwerfungen. Vom DGB wurde jedoch bisher nicht verlautbart, dass er seine Äußerung aus dem Jahr 2021 am liebsten rückgängig machen würde. Im Internet bleibt alles so stehen wie damals gesagt.

Einen etwas anderen Zungenschlag hat der DGB nun glücklicherweise in Bezug auf die neue, den Ukraine-Konflikt be-

treffenden Krise. Im Aufruf für den Ostermarsch 2024 heißt es: „Wir sind der Überzeugung, dass immer mehr Waffen nicht automatisch zu einem schnelleren Ende des Krieges führen. Im Gegenteil! Es ist unerträglich, mit welcher Leichtigkeit in vielen Medien und von vielen in der Politik wahllos nach immer mehr Waffen für die Ukraine gerufen wird. Und es ist unerträglich, dass Menschen, die ausgewogener argumentieren, sich dafür auch noch rechtfertigen müssen und Anfeindungen ausgesetzt werden.“ Gut, wie gesagt, dass die einstigen Anfeinder der Kritiker der Corona-Politik sich nun gegen Anfeindungen aussprechen.



Die Angst, dass der schwelende Kalte Krieg in einen dritten Weltkrieg führt, wächst. Die Kriegsvorbereitungen verschlingen jetzt schon Unsummen. Zulasten des Sozialen.

2005, als Udo und Silke Kruse ihren Aufsatz schrieben und die Friedrich-Ebert-Stiftung über das Thema „Vertrauensschwund“ diskutieren ließ, gab es jene Alternative noch nicht, die dieser Tage so viele Menschen beunruhigt. Die wurde erst acht Jahre später gegründet. Mit großen Anlaufschwierigkeiten. Nun wächst der Zuspruch. Was zeigt: Wie sozial oder unsozial ein Staat gestaltet ist, hat sehr große Auswirkungen. Oder anders ausgedrückt: Ein Staat täte sehr gut daran, sozial zu sein. Denn das Hemd ist den Menschen erst mal näher als die Jacke.

Mehr Alternativen



Nachdem es immer mehr Alternativen gibt, könnte es sein, dass die Beteiligung an den nächsten Wahlen nicht mehr so schwach sein wird, wie in den letzten Jahren. Viel Zustimmung erhält zum Beispiel auch das Bündnis Sahra Wagenknecht. Es gibt allerdings auch viel Skepsis. Die „junge welt“ inter-



Der DGB, Verteidiger des Sozialstaats, sprach sich in seinem Aufruf zum Ostermarkt 2024 gegen Waffenlieferungen aus.

viewte hierzu soeben Klaus Dörre. Der ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Uni Jena und Sprecher der DFG-Forschungsgruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“.

Seine Einschätzung: *„Das BSW hängt einer sozialen Marktwirtschaft à la Ludwig Erhard an. Es verklärt eine Vergangenheit, die es so niemals gegeben hat. Vom Bündnis Sahra Wagenknecht eine soziale Utopie zu erwarten ist vollkommen illusorisch. Das BSW ist utopiefiern. Da herrscht die Sehnsucht nach einer alten Republik.“*

Es fragt sich tatsächlich, ob ein Wechsel eine positive Entwicklung in Richtung von wieder mehr Sozialstaat und weniger sozialer Kälte einleiten würde. Geld ist nur einmal zu verteilen. Welche irrsinnigen Summen nun in Posten, die mit Krieg zu tun haben, investiert werden, kann vor diesem Hintergrund schwindlig machen. Nicht nur, dass der „Verteidigungsetat“ um 1,83 auf besagte 51,8 Milliarden Euro gestiegen ist. Noch schwindliger macht die „Finanzbedarfsanalyse 2025“^[3]. Die Ausgaben steigen und steigen. Im Sozialen werden weitere Kürzungen zu erwarten sein. So drohen 2025 Kürzungen bei den Freiwilligendiensten. 2024 waren

3 s. auch Grafik unter https://esut.de/2024/02/meldungen/47313/verteidigungshaushalt-mit-5195-milliarden-euro-beschlossen/#attachment_47315 (zuletzt besucht am 5.6.2024)
KURZLINK: <https://hwlink.de/vhh275>

sie geplant gewesen, wurden jedoch aufgrund massiver Proteste rückgängig gemacht.

Soziale Kälte



Der Sozialverband Deutschland prangert nicht nur wachsende Armut, sondern vor allem wachsende soziale Kälte an. Bereits 2019 startete der Hamburger Landesverband unter diesem Begriff eine Kampagne. Im Flyer „Soziale Kälte“ wird aufgezeigt, dass inzwischen jeder fünfte Einwohner von Hamburg armutsgefährdet ist. Mitglieder des Sozialverbands berichteten, wie und wo sie persönlich soziale Kälte erlebten. *„Manche sterben vermutlich vorzeitig, weil sie sich von ihrem Geld nicht vernünftig ernähren können, auch Sozialkontakte und Mobilität sind meist stark beeinträchtigt“*, schrieb damals eine Hamburgerin. Sie konstatiert viel unsichtbare Armut und *„soziale Eiseskälte“*.

Der Flaschensammler, der in den Städten von Mülltonne zu Mülltonne pilgert, dürfte das markanteste Beispiel für eine Entwicklung weg vom Sozialstaat sein. Laut der „Pfandstudie 2022“^[4] der Initiative „Pfand gehört daneben“ sammeln derzeit mehr als eine Million Bundesbürger Pfandflaschen. Binnen eines Jahres soll ihre Zahl um 50.000 gewachsen sein. Über die Hälfte der Flaschensammler gab bei der Studie an, höchstens vier Euro am Tag mit dem Flaschensammeln zu verdienen. Die

4 online unter KURZLINK: <https://hwlink.de/pgd275>

besten und andauerndsten unter den Flaschensammler kommen allerdings auf fast 50 Euro. Das entspricht um die 200 gesammelter Flaschen.

Sozialpolitik zu betreiben, ist eine äußerst diffizile Sache. Das zeigt Hans Günter Hockerts, bis 2009 Ordinarius für Zeitgeschichte an der LMU München, in seiner 2012 erschienen Rekapitulation der Geschichte des deutschen Sozialstaats auf. Zu einer wohlfahrtsstaatlichen Expansion kam es nach seinen Analysen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Die Sozialleistungsquote stieg von 25,5 Prozent im Jahr 1969 auf 33,4 Prozent im Jahr 1975 an (2023 lag sie bei 30,5 Prozent des BIP). Vor allem Arbeitnehmer profitierten von der damaligen Sozialpolitik. Doch laut Hockerts überdrehte der Staat seinen Aktionsradius: 1973 kam es zur Wirtschaftskrise.

Man kann die Sache drehen und wenden, wie man will, sie wird nicht besser, wenn man auf die Politik oder die Schraube guckt. Wir werden im Gegenteil einen weiteren wirtschaftlichen Abstieg erleben, noch mehr Unternehmen werden in die Pleite schlittern und noch mehr Privatverbraucher insolvent gehen, wenn nicht endlich grundlegende Reformen in Angriff genommen werden. Wir brauchen ein Geldsystem, das keine leistungslose Bereicherung zulässt. Wobei man sagen muss, dass die herrschende Klasse inzwischen so übermächtig reich geworden ist, dass sich fragt, wie man notwendige Reformen gegen die Interessen jener Personen durchsetzen könnte, die sich immer noch mehr Aneignung zum Ziel gesetzt haben, wobei aktuell die Kriege hilfreich sind.



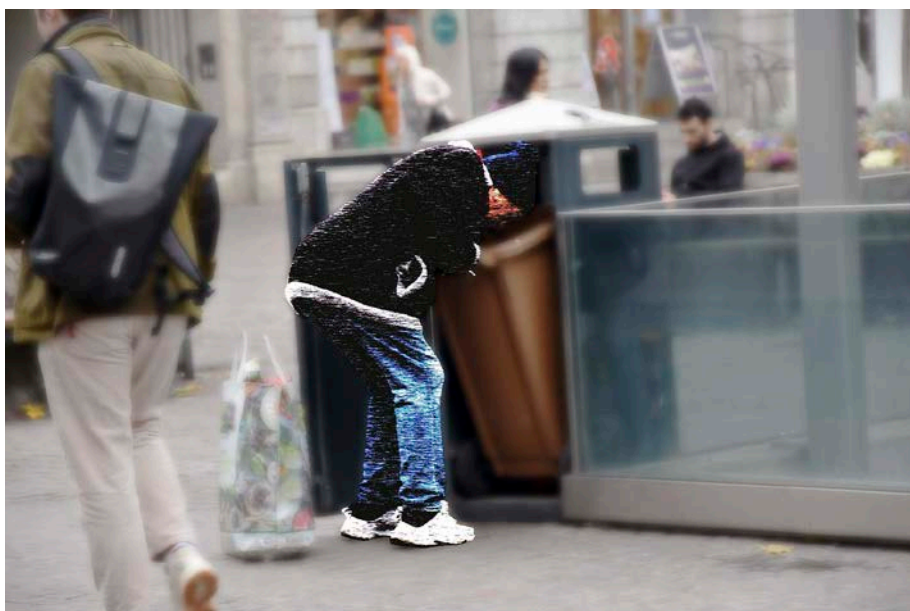
Zur Autorin
Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.



Mehr als eine Million Bundesbürger sammeln Pfandflaschen.